



Mittwoch, 08. Mai 2024, 17:00 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Nächstenliebe konkret

Die Armut in Deutschland war noch nie so groß – wo die Politik untätig bleibt, können und sollten Kirchengemeinden helfen.

von Werner Thiede
Foto: N.Pipat/Shutterstock.com

Das Armutsrisiko nimmt seit der Corona-Pandemie weiter zu – in Deutschland und weltweit. Kein Wunder: Einkommensverluste durch Beschäftigungsausfälle und Verarmung durch nur teilweise erstattete Zahlungen an Apotheken, Ärzte und Heilpraktiker zählen zu den Hauptursachen, desgleichen Inflation und Überschuldungen. Außerdem beginnen Auswirkungen der Klimakrise zunehmend auch in dieser Hinsicht immer spürbarer zu werden; das betrifft insbesondere die Effekte der CO₂-Steuer und steigende Energiekosten. Ein Text zur Sonderausgabe „Armut in Deutschland“

<https://www.manova.news/sonderausgaben/2>“.

Noch nie haben so viele Menschen in der Bundesrepublik

Deutschland in Armut gelebt wie heute (1). „Armut in einem reichen Land ist mehr als nur eine Herausforderung, sie ist ein Skandal“, erklärte schon Bischof Wolfgang Huber als einstiger Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und theologischer Ethiker. Auch wenn Deutschland wirtschaftlich insgesamt offenbar im Abstieg begriffen ist, zählt es immer noch zu den wirklich reichen Ländern dieser Welt. Das gilt nicht nur für den materiellen Lebensstandard des größten Teils der Bevölkerung, sondern auch für deren Gesundheitszustand sowie mit Blick auf ihre Lebenserwartung. Gleichzeitig aber besteht an sozialen Herausforderungen und Problemen kein Mangel in der immer mehr von Spaltungen durchsetzten Gesellschaft.

Armut in Deutschland (2) zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die Mittelschicht seit Längerem schrumpft. Während sie aufgrund ihrer Größe im Jahr 2007 noch auf Rang 9 und somit im oberen Drittel lag, fand man sie 2019 nur noch auf Platz 14. Inzwischen dürften die Zahlen infolge der Coronakrise, des Ukrainekriegs und der wieder bedrängender werdenden Flüchtlingskrise hierzulande noch drastischer ausfallen. Jedenfalls ist das Risiko weiter gestiegen, von der Mittelschicht in die unteren Einkommensschichten abzurutschen.

Die Armut nimmt hierzulande statistisch gesehen zu (3). Dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes von 2020 zufolge hatte die Armutsquote damals bei 15,9 Prozent gelegen und somit den höchsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung erreicht. Heute liegt sie laut dem aktuellen Armutsbericht (4) bereits

bei 16,8 Prozent. In unserem reichen Land gilt ungefähr jede(r) Achte als armutsgefährdet. In keinem anderen europäischen Land ist der Niedriglohnsektor so stark gewachsen.

Unter Kindern und Jugendlichen waren im vergangenen Jahr 2,2 Millionen armutsgefährdet, was einer Quote von 14,8 Prozent entspricht. Die Armutskonferenz der freien Wohlfahrtsverbände in Bayern hatte schon 2006 vor einem massiven Armutsschub gewarnt (5). Dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, bleibt unabhängig von unterschiedlichen Armutsdefinitionen unbestritten und ist in letzter Zeit anhand der ausufernden Managergehälter und der Möglichkeiten Wohlhabender an der Börse breit diskutiert worden. Oliver Nachtwey weiß:

„Alle Diskurse und Dispositive der Gesellschaft sind auf Aufstieg ausgerichtet. Doch aus der Gesellschaft des sozialen Aufstiegs der alten Bundesrepublik ist inzwischen eine Abstiegs-gesellschaft geworden“ (6).

Was aber heißt Armut konkret? Bekanntlich lässt sich zwischen relativer und absoluter Armut unterscheiden. Der Begriff der „absoluten Armut“ bedeutet das Vorliegen existenzieller Not in Gestalt von Hunger, Kälte und Unbehaustheit. Um „relative Armut“ handelt es sich dann, wenn die Lebensverhältnisse nicht ernsthaft oder extrem bedrohlich sind und Einkommen oder Vermögen nur in Relation zueinander betrachtet werden. Als „relativ arm“ gilt demgemäß, wer einen überdurchschnittlichen Anteil seines Einkommens für lebensnotwendige Güter, insbesondere Nahrungsmittel, ausgeben muss. Oder wer nur – je nach Definition – zwischen 50 und 60 Prozent des Durchschnittseinkommens erzielt und statistisch zum einkommensschwächsten Fünftel oder Viertel der Bevölkerung zählt. Dieser relative Armutsbegriff steht also eher für Ungleichheit als für echte Bedürftigkeit oder gar Not.

Doch solch ein relativer Armutsbegriff ist keineswegs unproblematisch.

Relative Armut nimmt zu, wenn einige sehr Reiche zuziehen, sonst aber alles gleich bleibt. Umgekehrt nimmt die relative Armut ab, wenn einige Reiche einen Vermögensverlust erleiden oder einfach wegziehen.

Zum Beispiel gilt für Niedersachsen in etwa: Verließen die 17 reichsten Bürger jenes Bundesland, hätte es rund 100.000 Arme weniger. Zudem wäre nach den Maßstäben des relativen Armutsbegriffs die große Mehrheit der heute über 40-Jährigen gewissermaßen in Armen-Haushalten aufgewachsen. Dabei hatten viele dieser einstigen Haushalte Häuser und Eigentumswohnungen erworben und jene Vermögen gebildet, deren Beträge derzeit häufig zur Vererbung anstehen.

Jedenfalls ist auch bei nur relativer Armut der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit ein gewichtiger Faktor (7), nicht zuletzt hinsichtlich seiner psychologischen Wirksamkeit. Es sind eben viele Menschen in unserer Gesellschaft im Vergleich zu anderen tatsächlich „arm dran“ und zumindest subjektiv entsprechend bedrückt, aber auch objektiv deutlich benachteiligt. Zweitens tut der Begriff der relativen Armut so, als gäbe es unter uns keine „absolute“ mehr, also keine „extreme Not“ anzeigende Armut mehr. Das aber wäre eine Behauptung, die durch die Wirklichkeit Lügen gestraft wird. Wer Kontakt mit dem „realen Leben“ hat und nicht nur statistisch rechnet, weiß das.

Ich denke da beispielsweise an die Obdachlosen in unserem Land – mit all den dort oft auftretenden Phänomenen der Verwahrlosung und Verelendung. Es ist lobenswert und dringend nötig, dass die Politik das Problem in den nächsten Jahren entschlossen angehen will. Ich denke aber auch an viele Rentnerinnen und Rentner, die zu wenig für das eigene Alter vorsorgen konnten und zunehmend von

Altersarmut bedroht sind – die ist zuletzt statistisch leicht gestiegen (8). Ich denke zudem an Alleinerziehende, die schon beim Lebensmitteleinkauf aufgrund der gerade in den letzten Monaten so enorm gestiegenen Preise derart sparen und auf wirklich gesunde Nahrungsmittel verzichten müssen, dass es zum Hunger nicht mehr weit ist.

Millionen Bürgerinnen und Bürger, die staatliche Unterstützung beziehen, müssen zwar nicht verhungern, können aber meist nichts mehr ansparen. Teilweise haben sie einen Abwärtsweg von mittleren Einkommen hin zur völligen Verarmung durchgemacht, so dass sie sich beispielsweise beim Heizen und beim Stromverbrauch extrem einschränken und etwa eine Reparatur des alten Autos für sie oft nicht mehr infrage kommt.

Dass die Kaufkraft der Haushalte in unserem Land die letzten Jahre über stetig gesunken, die Teuerungsrate aber schneller als die Nettoeinkommen gestiegen ist, das haben gerade die Menschen an den sozialen Rändern als schmerzhafteste Entwicklung erfahren.

Ich denke schließlich auch an die rund 2,6 Millionen Kinder und Jugendliche hierzulande, die inzwischen auf Sozialhilfeniveau leben. Die Zahl der wirklich armen Mädchen und Jungen ist innerhalb von vier Jahrzehnten um das ungefähr 16-Fache gestiegen. Und die Tendenz ist weiter steigend. Pfarrer Bernd Siggelkow, der zusammen mit Wolfgang Büscher das Buch „Deutschlands vergessene Kinder“ veröffentlicht hat, betont mit Recht:

„Es kann nie genug über Kinderarmut gesprochen werden, denn Kinder sind die Zukunft der Gesellschaft; man kann sie nicht einfach ihrem Schicksal überlassen“(9).

Heute gehört Deutschland im EU-weiten Vergleich zu den Ländern mit einer erhöhten Gefährdung von Kindern und Jugendlichen.

Angesichts der skizzierten Fakten verliert die Unterscheidung zwischen relativer und absoluter Armut deutlich an Evidenz. Gewiss waren die Verhältnisse um die Mitte des 19. Jahrhunderts insgesamt ganz andere als gegenwärtig. Aber damals, als die Industrialisierung so richtig begann, gab es durchaus Nöte, die an so manche Bedrängnis in der heutigen Zeit erinnern. Drei bedeutende Namen aus jener Zeit der Mitte des 19. Jahrhunderts möchte ich hier nennen: Der erste ist Karl Marx. So wenig ich sein Denken teile, so sehr stimmt mich der Satz von ihm nachdenklich, das Proletariat habe „seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch viel nötiger als sein Brot“. Dieses Wort macht bereits für die damalige Zeit deutlich, wie wenig der Unterschied zwischen absoluter und relativer Armut wiegt.

Doch nicht nur von kommunistischer Seite gab es damals mitfühlende Wahrnehmung der Armen, Unterdrückten und Ausgebeuteten. Als zweiten Namen nenne ich einen kirchlichen: Johann Hinrich Wichern. Dieser große Sozialreformer der Kirche hatte Armut und Not selbst hautnah erlebt, bevor er 1848 – im Jahr des „Kommunisten-Manifests“ – die Bildung eines ständigen Zentralausschusses der Inneren Mission auf dem Wittenberger Kirchentag erreichen konnte. Damals sahen sich die Land- und Industriearbeiter und viele Arbeitslose von der erlauchten Gesellschaft der neu gegründeten Nationalversammlung ausgeschlossen: Keiner der Ihren saß in diesem Parlament! Ihre Forderung nach sozialer Verpflichtung des Eigentums und nach einem Anspruch auf soziale Sicherheit, Wohlstand und Bildung für alle blieb noch weithin illusionär. Aber Wichern war die Schaffung von Hilfe, von Geld und Kräften, aber auch schon die „Auffindung des Bedürfnisses“ bei den Armen und Benachteiligten ein zentrales Anliegen.

Das Gleiche gilt für den Dritten, den ich in diesem Zusammenhang benennen möchte: Wilhelm Löhe. Er bildete getreu dem Motto „Mit Bildung gegen die Armut“ in der Neuendettelsauer Diakonieanstalt

junge Frauen zu Krankenschwestern und Pflegerinnen aus. Hellsichtig erblickte schon er in der Bildung den Schlüssel zur nachhaltigen Bekämpfung von Armut. Im Unterschied zu Wichern war er überzeugt, die diakonische Arbeit müsse von der Gemeinde ausgehen. Dieser Unterschied hat bis heute seine Folgen. Die organisierte, institutionelle Diakonie in Bayern und Deutschland leistet hervorragende, unverzichtbare Arbeit in der Armutsbekämpfung in Kirche und Gesellschaft.

Aber bisweilen hat man den Eindruck, dass sich Kirchengemeinden im nicht eben nötigen Umfang vor Ort für die Armen engagieren, weil sie in der Arbeit der diakonischen Anstalten eine Art Alibi erblicken. Daher plädiere ich heute mit besonderem Nachdruck für den konkreten Einsatz von Kirchengemeinden für von Armut betroffene Menschen, also in ihrer nahen, mehr oder weniger nachbarschaftlichen Lebenswelt.

Die soziale Herausforderung durch Armut in unserer Zeit ist ohne jeden Zweifel eine politische Herausforderung ersten Ranges. Wie der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Robert Reich in seinem Buch „Superkapitalismus“ mit Blick auf die USA zeigt, ist seit mehreren Jahrzehnten die Wirtschaftslobby einflussreicher und die Demokratie dort schwächer geworden. Das dürfte hierzulande nicht viel anders aussehen. Der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), John Monks, warnte vor wenigen Jahren in Brüssel, die Zahl schlecht bezahlter und unsicherer Arbeitsverhältnisse habe in den vergangenen zehn Jahren drastisch zugenommen. Monks verwies auf 17 Millionen Arbeitnehmer in der Europäischen Union, die bereits in Armut leben, sowie auf 31 Millionen, die zu Niedriglöhnen schuften; Deutschland komme dabei besonders schlecht weg (10).

Zudem zeigt der renommierte Soziologie-Professor Heinz Bude in seinem Buch „Die Ausgeschlossenen“: Wer sich dem ökonomischen Wandel hierzulande nicht rechtzeitig und systemkonform anpasst,

fällt automatisch aus dem sozialen Raster – und wird kaum mehr von seinen Mitmenschen aufgefangen. Leute ohne und mit Hauptschulabschluss, plötzlich entlassene Mittvierziger, Scheinselbstständige oder sich von Job zu Job hangelnde Gering- und Garnicht-Qualifizierte drohen ihren sozialen Halt zu verlieren (11). Der zunehmende Mangel an Solidarität in der Gesellschaft macht immer mehr Menschen Angst (12).

Damit zeigt sich: Unter Armut ist zu allererst ein Mangel an materiellen Dingen zu verstehen, die die Existenzgrundlage sichern. Man sieht das etwa an all den „Tafeln“ in der Bundesrepublik Deutschland, die einen stetig wachsenden Zulauf erhalten: Menschen gehen dorthin, um kostenfrei Lebensmittel zu erhalten, die in Supermärkten überfällig geworden sind. Bundesweit sind es täglich über eine halbe Million Menschen, die diese Hilfe in Anspruch nehmen. Armut ist darüber hinaus aber auch ein Mangel an Beschäftigung, an Arbeit. Globalisierungs- und Digitalisierungsprozesse verteilen diesen Mangel neu. Wer unter Arbeitslosigkeit zu leiden hat, ist in der Regel „arm dran“.

Aber Armut hat noch andere Dimensionen. So konnte man im „Evangelischen Staatslexikon“ von 2006 lesen:

„Armut ist das Ergebnis sozialer Ausgrenzungsmechanismen und bezeichnet einen Zustand am unteren Ende der sozialen Hierarchie, in dem der Einzelne nicht mehr aus eigener Kraft an den sozialen Beziehungen in dem Maße teilnehmen kann, das in der jeweiligen Gesellschaft als existenzminimal angesehen wird“ (13).

So gesehen ist Armut nicht zuletzt zu verstehen als ein Mangel an Beziehung. Wer in Beziehungen lebt, kann sein Leben gestalten; wer sich dagegen in dieser Hinsicht schwertut oder ausgegrenzt wird, ist oft auch in wirtschaftlicher Hinsicht arm oder von Armut bedroht.

Das gilt beispielsweise für viele ältere Menschen, aber auch für junge, wenn man sich den verbreiteten Bildungsmangel vor Augen hält.

Keine Wirtschafts- und Sozialpolitik kann und will ersetzen, was im Raum der christlichen Kirche an sozialer Praxis in die konkreten gesellschaftlichen Räume eingebracht wurde und wird. Im Gegenteil: Von staatlicher Seite kann allenfalls im Sinne von struktureller Gerechtigkeit und eventuell von organisierter Grundsicherung geholfen werden. So warnt denn auch die Armuts-Denkschrift der EKD: „Der Sozialstaat muss sich der eigenen Grenzen bewusst sein“ (14).

Dem Umfang nach dürften staatliche Sozialleistungen – so unentbehrlich sie sind – in absehbarer Zukunft eher ab- statt aufgebaut werden. Die sozialen Sicherungssysteme sind insgesamt hochgradig verschuldet (15). Und der Staat als solcher kann ja im Grunde auch gar nicht das Subjekt von Barmherzigkeit sein. Zudem steht nicht ernsthaft zu erwarten, dass Politik irgendwann einmal Armut völlig beseitigen könnte.

In der Armuts-Denkschrift der EKD heißt es deshalb:

„Der dem christlichen Glauben innewohnende Realitätssinn bewahrt uns vor der Versuchung zu meinen, wir könnten mit menschlicher Kraft alle Armut im Sinne eines Ausschlusses aus der gesellschaftlichen Teilhabe endgültig aus der Welt schaffen.“ (16)

Demgemäß finden sich bei Jesus auch keinerlei Ansätze einer sozialrevolutionären Bewegung. Jesu Reich war und ist „nicht von dieser Welt“ (Joh 18,36). Doch schon die alten Propheten kritisierten bekanntlich Könige, Wirtschaftsbosse und Politiker für ihre oft unsoziale Einstellung und Praxis gegenüber den Armen. Und auch Jesu Betonung des Gebots der Nächstenliebe schließt die Forderung nach mehr oder weniger sozialer Gerechtigkeit ein. Das zeigt sich

nicht zuletzt an seinem Ausblick aufs Endgericht, wo er zu den Menschen zu seiner Linken sagen wird:

„Geht weg von mir, ihr Verfluchten, in das ewige Feuer, das bereitet ist dem Teufel und seinen Engeln! Denn ich bin hungrig gewesen, und ihr habt mir nicht zu essen gegeben. Ich bin durstig gewesen, und ihr habt mir nicht zu trinken gegeben (...). Ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich nicht gekleidet“ (Matthäus 25,41-43).

Somit wissen Christen sich aufgefordert zu einer Grundhaltung der Barmherzigkeit gegenüber den Bedürftigen. Und die schließt in einer demokratisch verfassten Gesellschaft sozialpolitisches Engagement zugunsten der Benachteiligten und am Rande Stehenden, insbesondere auch der Armen ein.

Staat und Gesellschaft können unterstützen, nicht aber lieben. In der christlichen Kirche geht es um die Verwirklichung von Liebe und insofern indirekt auch um sozialpolitische Programme.

Vorrangig jedoch ist Kirche eine Realität, die als „Kirche vor Ort“ begegnet. Sie ist konkret, wenn Nächstenliebe konkret wird. Sie hilft dort, wo Not und soziale Ausgrenzungsmechanismen anschaulich geworden sind. Sie ist also zur Stelle oder sollte zur Stelle sein, wo Armut um sich greift (17). Die Kirchengemeinde ist dafür heute wie zu früheren Zeiten der allererste Ort (18).

Pfarrer, Diakone, Kirchenvorstände, Besuchskreise sollten sich wieder deutlicher als Organisatoren und Unterstützergemeinde interner Hilfsangebote wissen und zu erkennen geben. Sie sollten auf finanzielle und andere tatkräftige Weise dort beispringen, wo Not sichtbar wird oder sich sichtbar macht – und möglichst mit dem Blick der Barmherzigkeit gerade auch dort, wo sich vorhandene Not verschämt verbirgt. Wo das gelingt, nimmt Kirche auf verstärkte Weise eine Leuchtturmfunktion in der Gesellschaft wahr.



Werner Thiede ist Pfarrer im Ruhestand, außerplanmäßiger Professor für Systematische Theologie an der Universität Erlangen-Nürnberg und Publizist, unter anderem der Bücher „Mythos Mobilfunk. Kritik der strahlenden Vernunft“ (2012), „Digitaler Turmbau zu Babel. Der Technikwahn und seine Folgen“ (2. Aufl. 2021), „Himmlisch wohnen“ (2023) und „In Ängsten – und siehe, wir leben! Glaubenslieder“ (2023). Im September erscheint: „Himmlische Freude. Vom tiefen Glück des Glaubens“ (Leipzig 2024). Weitere Informationen auf **[werner-thiede.de](https://www.werner-thiede.de/)** (<https://www.werner-thiede.de/>).